

Zeitung für Chemnitz und Umgegend.
Sächsische Landeszeitung.
Wertung nach Posttarifmaßnahmen und Kosten der Postverteilung.

Für Chemnitz und Umgegend.

(Sächsische Landeszeitung). Herausgegeben 1873 als „Sächsische Zeitung“.

Verlag und Motivationsmaßnahmen von Max und Milda in Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.

Die Eisenbahn ist eine der wichtigsten Motivationsmaßnahmen, die einen Anstieg der Bevölkerung in Sache des Eisenbahnbauens auslöst. Die Eisenbahn ist eine der wichtigsten Motivationsmaßnahmen, die einen Anstieg der Bevölkerung in Sache des Eisenbahnbauens auslöst.

Geschäftliche Anzeige, welche finden für billige Eisenbahnangaben, gleichzeitig Veröffentlichungen über die täglich erscheinende Eisenbahn-Zeitung.

Deutscher Reichstag.

Die Abstimmung in der Budgetkommission.

Chemnitz, den 27. Februar 1898.
So war eine außerordentlich erregende Sitzung, welche die Budgetkommission gestern abhielt. Aus dem Ergebnis dieser Sitzung geht die Meinung der Flottenpolitik hervor, dass die Annahme des Flottenprojekts gesichert ist und zwar nicht nur in Abbruch der momentanen Lage, sondern auch in der Festlegung auf-

Jahre. Zunächst vertrat sich der Referent Dr. Lieber in einer längeren Rede über die geforderte Bildung des Staatschefs. Eine logische Grundlage für eine gesetzliche Form sei, wie der Redner meinte, in der Vorlage gegeben, sie sei wohl durchdringt und nach jeder Abstimmung gut durchsetzbar. In den früher vorgelegten Deutungen sei kein gesetzlicher Plan vorgelegt worden. Aber schon die Dokumente des Reichstags habe zwei Geschwader verlangt. Zugleich zum ersten Male ein klarer übersichtlicher Plan vorliege, sei es die gesetzliche Regelung möglich. Statt werde von den Gegnern der Vorlage beworbenen, das verfassungsmäßige Budgetrecht des Reichstags solle „gelnutzt“ werden. Da, Abg. Richter habe das Verlangen der Vorlage geradezu als verfassungswidrig bezeichnet. Dem gegenüber vertrat er auf Art. 71 der Verfassung, der besagt, die Ausgaben werden in der Regel für ein Jahr bewilligt, können jedoch auch in besonderen Fällen für eine längere Dauer bewilligt werden. Dr. Lieber geht auf die Geschichte der Verfassung zurück und sucht nachzuweisen, dass seiner Zeit die Abgeordneten Dr. Miguel von Bemmingen, Lüder u. A. die Ausführung des zweiten Sages für unerlässlich hielten, besonders auch im Hinblick auf die Entwicklung der Marine. Nach Art. 71 sei also der Vorschlag des Entwurfs durchaus verfassungsmäßig. Neben dem Recht sei auch die verfassungsmäßige Pflicht zu betonen. Es wäre sich nur fragen, ob es an der Zeit sei, von der Annahmebereitschaft, die Art. 71 bietet, Gebrauch zu machen. Die Aera der Versuche gelte als abgeschlossen und kein Platz mehr für solcher der Marinestrichverträge gegenüber die gesetzliche Regelung bestimmt. Die Forderungen für die äußere Sicherheit des Vaterlandes und für die innere Wohlfahrt müssen sich vereinigen lassen. Nach Art. 71 der Verfassung müsste die Dauer der Ausgaben bestimmt werden. Nun sollte zwar der Reichstag bis zu einem gewissen Grade durch das Gesetz gebunden werden, aber die Bindung der verbündeten Regierungen sei nicht klar genug zum Ausdruck gebracht worden. Das müsse korrigiert werden. Die Motive müssten thunlichst im Gesetz Ausdruck finden, die ganze Organisation müsse im Gesetz ausgesprochen werden. Wenn der Reichstag sich binden sollte, müssten sich auch die verbündeten Regierungen binden. Eine mechanische Festlegung des Reichstags diese indes nicht stattfinden. In § 2, wo gefragt wird, die Mittel für die regelmäßigen Erholungen seien so reichlich in den Etat einzustellen, dass Linienschiffe nach 25 Jahren, große Kreuzer nach 20 und kleine nach 15 Jahren erneut werden können, müssten die Worte „in der Regel“ eingeschlossen werden. Was ferner die siebenjährige Erfüllungsfrist der Neubauten aulange, so würden Beschreibungen der in den Tabellen beigebrachten Tabelle unvermeidlich sein. Also vor Übertragungen würden wie auch in Zukunft nicht sicher sein. Die Technik mache zudem immer weitere Fortschritte. Also wenn der Reichstag auf sieben Jahre gebunden werden sollte, dann müsste sich auch die verbündeten Regierungen verpflichten, nicht mehr Geldmittel zu beanspruchen, als jetzt angegeben werde. Es wäre richtig, die Gesamtsumme festzulegen und über die Kosten etwa Folgendes im Gesetz festzuhalten: „Die bis zum Jahre 1904 zu fördernden Mittel — 474 Millionen an einsilbigen und 28 Milliarden an dauernden Ausgaben — müssen bereit gestellt werden; wenn damit nicht auskommen wird, so soll eine Jurisdicition bis nach dem Jahre 1904 stattfinden.“

Hieraus erklärt Staatssekretär Tirpitz:

„Mit der Erhaltung des Deutschen Reichstaates gebe ich die Erklärung ab, dass nach meiner Ansicht das Flottengesetz für die verbündeten Regierungen unanwendbar wird, wenn dasselbe nicht die gesetzliche Sicherheit bietet 1) dass die Kosten in dem Umfang, wie sie vom Vaterlande und Reichstag als notwendig erkannt wird, auch innerhalb der von den verbündeten Regierungen als möglich erachteten Zeit festig gestellt wird, und 2) dass die für notwendig erkannte Dauer in dem kriegsbeamten Bereich offenbar erhalten bleibt. Das bin ganz bereit, meine Herren, nach einer Abstimmung der jünglichen Beauftragung zu tun, die Ihnen Wünschen besser entspricht. Ich bin auch ganz bereit, eine andere Fassung, falls sie mir den zweiten wünschen Woest des Gesetzes nicht in Frage stellt, nach dem Vaterlande gegenüber zu befürworten.“

Der Staatssekretär sagt dann noch hinzu, auch er müsse die Möglichkeit zugeben, dass die technischen Grundlagen durch Wandelung des Staates und des Technik beeinflusst würden, doch werde dies nicht hindern, die Limitierung, wie der Referent sie fordert, einzugehen. Die Beschränkung des Umfangs des Gesetzes sei in der Absicht erfolgt, dem Reichstag eine möglichst geringe Bindung seiner verfassungsmäßigen Bezugspunkte zuzunehmen. Dieser Punkt bietet demnach für die Einigung mit demselben keine Schwierigkeiten.

Beim Beginn der Debatte erklärte Abg. v. Bemmingen: Der Zeitpunkt einer gesetzlichen Regelung ist gekommen, nachdem wir 30 Jahre der Verhandlungen hinter uns haben. Allerdings hätte auch ich eine präzisere Fassung für erforderlich, damit sie später verschiedene und sich widersprechende Interpretationen ausgeschlossen sind. Die Gesetzgebung bis 1904 darf selbstverständlich eine bestimmte Maximallänge nicht überschreiten. — Abg. Richter: Wie es scheint, nimmt sich das Zentrum der Regelungsvorlage mit Wörtern an. Unter den Lieber'schen Vorschlägen ist von materieller Bedeutung nur die vorgelegte Art der Limitierung. Die anderen Vorschläge sind nur redaktioneller Art und für die Regierung wohl annehmbar. Mit einem Panzergeschütz ist wenig erreichbar, auch früher sind wiederholt neben dem Panzergeschütz besondere Bewilligungen erfolgt. Neben mir Dr. Lieber, ich habe niemals die Forderung der Abstimmung als verfassungswidrig bezeichnet. Der Artikel 71

beruht auf einem Kompromiss. Man darf nicht vergessen, dass 1867 die geforderte Linie nur über eine Mehrheit von etwa sechs Stimmen verfügte. Die Vorlage enthält nun einmal eine Bindung des Reichstags, das hat der Reichskanzler selbst zugegeben. — Abg. Bebel bestimmt die Vorlage auf das Entscheidende. Der Referent, Abg. Dr. Lieber, habe heute seine inneren Anschauungen entblößt. Der Redner bestreitet, dass die Schlachtpolitik ihre Aufgaben, wie erwartet, erfüllen werde. Die deutschen Künste schenken sich selbst, das habe Admiral Hollmann zugegeben, der sich auch gegen eine Bindung auf mehrere Jahre ausgesprochen habe. Aus der Aera der Versuche seien wir noch nicht heraus. Windhorst sei stets gegen eine Einführung des Einfreibes des Reichstags gewesen. — Abg. Graf Alen im Reichstag erinnert daran, dass im Jahre 1848 vom Marineausschuss der Nationalversammlung die Rostwandsigkeit erkannt worden sei, der zu schaffenden Marine einen bestimmten von jeweiligen Majoritätschwankungen unabhängigen Plan zu Grunde zu legen, da die aussichtsreiche Schöpfung einer Marine nur gelingen könne, wenn ihre verschiedenen Theile mit unveränderlicher Stetigkeit nach einem Plane und mit getrenntem Festhalten an den vorzusehenden Grundlinien angegriffen und durchgeführt werden. Das sei zu einer Zeit gesetzt worden, wo das Volk nicht an einem kleinen seiner Grundrechte hätte rütteln lassen. Die englische Defense Act gäbe der Regierung viel mehr Macht, als die deutsche Regierung verlangt. Die deutsche Regierung sei in Bezug auf Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte viel entgegenkommender als die englische. Es hoffe, dass die Kosten gründlich geprüft und erwartet seien, so dass man mit der gesetzerten Summe auskomme. Die sieben Jahre erscheinen den Flottenfreunden als lange Zeit, aber diesen Zeitpunkt hinaus dürfte man unter keinen Umständen warten. — Abg. Dr. Hammacher macht Bebel auf die Bedenken einer öffentlichen Verhandlung über die Schiffsfreiheit unserer Seefahrer aufmerksam und empfiehlt die Grundgedanken der Vorschläge des Referenten. Was Dr. Lieber will, sei eine Nachbildung des englischen Flottengesetzes von 1889 und bitte eine erwünschte Garantie gegen eine unerwartete Belastung des Reiches. Das Entgegenkommen des Staatssekretärs Tirpitz sei um so mehr zu begreifen, weil mit der Möglichkeit gerechnet werden müsse, dass Erholungen in erhöhter und nicht vorzunehmender Zahl notwendig werden, deren Kosten ebenfalls aus den in das Gesetz eingesetzten Grundsätzen bestehen werden müssen, wenn der Reichstag keine besondern Mittel dafür bewilligt. — Abg. Dr. v. Jagdaczewski (Bole) erklärt sich Namens seiner Fraktion gegen die Vorlage. Die Fraktion habe sich einstimmig gegen das Gesetz erklärt. In Bezug auf die Abstimmung in der Spezialberatung sei ihm von der Fraktion freie Hand gelassen worden. — Abg. Müller-Halda (Bente) bedauert diese Haltung der Boote und stimmt im Ubrigen den Ausführungen Lieber's bei. Er hofft, dass man mit der gesetzerten Summe auskommen werde, und wenn noch den Lieber'schen Anteiligen eine präzisere Fassung beschlossen würde, könne das Gesetz sehr wohl zur Verabschiedung gelangen.

Hieraus begann der dritte Theil der Generaldiskussion, die Bezahlung der finanziellen Seite der Vorlage. Referent Dr. Lieber bestätigt sich darüber, dass sich die Gesetzvorlage über die Deckung der Ausgaben nicht ausdrückt. Momentanisch sei es notwendig, zu wissen, ob die Deckung möglich sein wird ohne neue Steuern. Sollte dies nicht der Fall sein, so möchte er eine Einkommensteuer von den Einkommen über 10 000 Mark in Betracht bringen.

Staatssekretär Frhr. v. Thielmann erklärt, dass die Deckungen für die erforderlichen Mehrausgaben für die nächsten 3 Jahre, also bis 1901, im Reichsschatz vorhanden sind.

Die jetzt noch notwendigen militärischen Mehraufwendungen im Betrage von etwa 46 Millionen Mark jährlich werden ebenfalls im Jahre 1901 sein. Neben diesen 46 Millionen Mark Ersparnissen ist aber auch auf das Plus an Einnahmen zu rechnen, die sich aus der normalen Weiterentwicklung des Reiches ergeben. Es liegt keine Veranlassung vor, an den weiteren Verfügbareit und Erweiterung des Reiches zu zweifeln. Abg. Müller-Halda (Bente) prophezeit eine wesentliche Steigerung der Ausgaben für Militäraufwände, weshalb die Befürchtung gerechtfertigt sei, dass man ohne neue Steuern nicht auskommen werde. Staatssekretär Frhr. v. Thielmann widerstreitet diesbezüglich; insbesondere sei noch nicht bekannt, dass ein neues kleinstädtiges Gewebe eingeführt werden soll. Unser jetziges Gewebe sei an absehbare Zeit das beste. Abg. Richter (jetz. B.) meint, das Reich hätte noch ein stilles Defizit von 40 bis 50 Millionen, so dass der Platz nur durch neue Schulden oder neue Steuern erfüllt werde. Abg. Paasche und Unterstaatssekretär Aschendorff wider sprechen dem, unter Hinweis auf die wachsenden Steuereinzahlungen. Die Abg. Kardorff, Hammacher, v. Massow, Prinz Arenberg, Lieber u. A. billigen theoretisch eine Reichsdeutungsteuer, halten sie aber für sozialpolitisch oder technisch un durchführbar. Abg. Lieber meint, dass die Nachfrage nach dem Ausbau eines besonderen Einschusses wie für die Kolonie. — Damit ist die Generaldiskussion geschlossen. — Nächste Sitzung Mittwoch den 2. März; Spezialabstimmung und Anträge Lieber.

Krieg?!

Die Drachmafriktionen aus New-York rütteln die Gefahr eines großen Krieges bedenklich näher. Die Meldung von einer panamischen Bewegung an der New-Yorker Börse ist eine übers Meer fließende Sturm-Welle, die uns unendlich, was bewirkt. Trotz offizieller Beklärungen, dass die Unternehmungen noch nicht abgeschlossen seien, droht nämlich in der öffentlichen Meinung der Amerikaner die Überzeugung durch, dass das amerikanische Schiff „Maine“ mit Hunderten von unglaublichen Menschen von den Spaniern auf offener See in die Lust gesprengt worden sei. Thatsache ist, dass die Bewohner spanischer Städte die entschuldige Gemüthsruhe hatten, die Nachricht von dem Schiffangrude mit grossen Illuminationen zu

begrüßen . . . Der Krieg zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, der seit Ausbruch des Aufstands auf Cuba in Aussicht stand und in jüngerer Zeit kaum mehr verworfen werden kann vielleicht schon in den nächsten Tagen Thatsache sein.

Die Amerikaner führen, wie der Drath meldet, in angestrahlten Kriegsrüstungen fort. Wenn aber auch die republikanische Regierung das Schwert noch in der Scheide halten wollte, so scheint das alten Freiwilligen bereits auf das Land zu regnen, den alten Hasen der Spanier entzündend. Der Bollwurst, die Wollsteidehose der Amerikaner lädt den blutigen Ausgleich mit dem Pyrenäen-Königreich für nahezu gewiss erscheinen; die schauderhaften Misshandlungen der Spanier auf Cuba und die schrecklichen Greuel, die ihre Besatzung an den amerikanischen Bewohnern der Insel verübt, geben der Spanier das erwünschte moralische Recht, die begehrliche Hand nach der Amerikaner auszustrecken.

Der Zeitpunkt vor dem Beginn großer Blutvergießen und Völkermordens hält die Menschheit wohlbegreiflich in ernstem Bann. Mittelamerikanische Interessen sind es nicht, die durch einen Spanier-amerikanischen Krieg unmittelbar berührt würden. Nur wenn Niemand, welche Dolgen und Wirkungen die voranschichtliche Nebenlage Spaniens, dieses sie gesetzten, konterierten und von lauernden Aufwiegern erschafften Staates, nach sich ziege; der vorhergehende Zusammenschluss des einst so glanz und machtvollen Staatsgebildes Würde, an einer bestimmten Grenze angelangt, allerdingz der ostasiatischen eine spanische Frage zur Seite stellen, die dann das europäische Gleichgewicht bedrohte. Solche Andeutungen in die Zukunft sind jedoch, ehe die ersten Kanonenkäufe im transatlantischen Kriegsgebiet werden, weit voreilt. Wir dürfen uns als unbedingte Befürworter fühlen, die kein anderes Mitgefühl beherrscht, als das allgemeine menschliche.

Die letzten Nachrichten lauteten:

New-York. Die Rüstungen werden in den Küstensäden eifrig betrieben. Die Stimmung gegen Spanien ist äußerst erbittert. — New-York Herald meldet, Mr. McKinley habe dem Vizepräsidenten des Senats und zwei Senatoren gegenüber die Meinung ausgedrückt, dass, wenn die Eroberung des „Maine“ auf Wohlwollen führen sollte, ein Krieg unvermeidlich wäre.

London. „The Mail“ meldet aus New-York: Nach Berichten aus Washington verheißen sich höhere Beamte der Admiralsität nicht, dass man einer militärischen Voge entgegengeht. Die Arbeiten der Untersuchungskommission in Havanna werden zwar geheim gehalten, jedoch gewinnt die Meinung, dass die Katastrophen des Kronen-„Maine“ durch eine vorunfördernde Erosion einer unterseeischen Mine hervorgerufen worden ist, an Wahrscheinlichkeit. Die spanische Regierung lenkt allerdings das Vorhaben eines solchen Minen im Hafen von Havanna.

Madrid. Am Montag geht eine aus 6 Torpedobooten bestehende Torpedobootsflotte nach den cubanischen Gewässern ab. — Die Handelsräumungen wurden einberufen, um ihre Meinung über den Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten kundzugeben.

Politische Rundschau.

Chemnitz, den 28. Februar.

Deutsches Reich.

Berlin, 27. Februar. Der „Post“ zufolge sind bereits der Reise des Kaisers nach Palästina im Herbst dieses Jahres bisher noch keinerlei Dispositionen getroffen oder Pläne gefasst worden. Außerdem teilt die „Post“ der Meldung entgegen, dass im Anschluss an die Palästinareise ein Besuch des Kaisers am Madrider Hofe abzüglich sei. — Das weimarerische Blatt „Deutschland“ meldet, dass für dieses Frühjahr die Hoffnung auf den Besuch des Kaisers auf der Wartburg mit dem Großherzog vorhanden sei.

Zur Flottenvorlage wird uns aus Berlin folgendes geschrieben: Nach den Ergebnissen der gezeigten Verhandlungen über das Flottengesetz in der Budgetkommission des Reichstags wird in parlamentarischen Kreisen das Anstandsblumen der Vorlage in der durch die Vorschläge des Abg. Lieber abgeänderten Fassung als gesichert betrachtet. Man nimmt an, dass die Regierung sich mit diesen Änderungen einverstanden erklären und dass die Mehrheit der Deutschenfraktion abschließen für das Gesetz stimmen werde. Auch sämtliche Abgeordnetenblätter zweifeln nicht mehr an dem Anstandsblumen der Regierungsvorlage mit unveränderten Änderungen, die vom Zentrum beantragt sind. Der „Vorwärts“ schreibt: „Der Unfall des Zentrum ist da. Es ist gekommen, wie man vorahm.“ Herr Dr. Lieber, der schon bei der ersten Verhandlung im Plenum des Reichstags dem Herrn Kontrolleur Aschendorff eine wider sprechende, dem unter Hinweis auf die wachsenden Steuereinzahlungen. Die Abg. Kardorff, Hammacher, v. Massow, Prinz Arenberg, Lieber u. A. billigen theoretisch eine Reichsdeutungsteuer, halten sie aber für sozialpolitisch oder technisch un durchführbar. Abg. Lieber meint, dass die Nachfrage nach dem Ausbau eines besonderen Einschusses wie für die Kolonie. — Damit ist die Generaldiskussion geschlossen. — Nächste Sitzung Mittwoch den 2. März; Spezialabstimmung und Anträge Lieber.

Unser Berliner Beobachter schreibt uns unter 27. Februar: Im Frühjahr pflegen Befürworter die Vorbewegungen an der Tagesordnung zu sein. Bereits jetzt hört man vielfach die Frage auf, ob auch in diesem Jahre Ausstände größeren Umfangs zu erwarten seien würden. Diesmal ist anscheinend weniger Grund zu solchen Befürchtungen. Für die sozialdemokratische Agitation zu den Reichstagswahlen sollen ansonsten keine Auflösungen gemacht, nicht nur der „Lehrmann“, auch der „Arbeiter“ zur Stelle gestellt werden. Das verbietet von selbst weitere erhebliche Auswendungen zu Streitwesen. Ferner kommt in Betracht, dass trotzdem unter Vorbewegungen die politische Agitation leidet. Es scheint, auch nach den reservierten Haltung der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu schließen, dass die sozialdemokratische Agitation